Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 56 (1976-1977)

Heft: 1

Artikel: Von der "Détente" zum Argwohn : Ost-West-Beziehungen in einer neuen Phase

Autor: Hassner, Pierre

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163180

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PIERRE HASSNER

Von der «Détente» zum Argwohn

Ost-West-Beziehungen in einer neuen Phase

Wandeln sich die Ost-West-Beziehungen in Europa von einer Epoche der «Détente» zu einer des Argwohns? Sieht man die Wolken, die sich zusammenziehen, so darf man diese Frage stellen. Gewiss, die «Entspannung» barg stets und definitionsgemäss grundsätzliche Widersprüche. Der Übergang vom «Kalten Krieg» zum «Heissen Frieden» begünstigte die Stabilität durch die Anerkennung des Status quo, setzte aber zugleich Kräfte der Veränderung frei, die verschiedenartigste und unvorhersehbare Konflikte auslösen können.

Heute wird die Schärfe der Widersprüche deutlicher erkennbar. Soll die Analyse den Akzent auf die Entspannung oder auf die Konflikte legen, auf die Stabilität oder auf den Wandel, auf die Versöhnung zwischen Blöcken und Nationen oder auf die Verschiebungen der Kräfte? Die Regierungen der Oststaaten legen den Akzent auf die *Konferenz von Helsinki*. Sie bedeute nicht nur die Bestätigung des Status quo, sondern auch das Ende des kalten Krieges. Fortan gehe es darum, durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und militärische Entspannung die «Détente» unumkehrbar zu machen. Andere optimistische Fassungen betonen die Rolle der «Neun» der Europäischen Gemeinschaft an dieser Konferenz, oder jene der kleinen Staaten gegenüber den Supermächten, vielleicht auch die Tatsache, dass die freie Bewegung der Menschen und der Ideen an einer internationalen Konferenz überhaupt behandelt wurde. Die politische Evolution mancher Länder, namentlich Südeuropas, beweise zudem, dass die Entspannung es den Völkern ermögliche, tyrannische Regimes leichter abzuschütteln. Sich dagegen wehren, heisse die Grundsätze der Entspannung, der Nichtintervention in die Angelegenheiten anderer Völker und eine ebenso unvermeidliche wie heilsame historische Entwicklung in Frage stellen.

In einer entgegengesetzten Lesart ist der *Konflikt* wesentlicher als die Versöhnung, und innerhalb dieses Konfliktes ergäben sich Vorteile vor allem für den Ostblock. Der Gipfel von Helsinki bedeutet für die Pessimisten Kapitulation des Westens und für die Optimisten blosse Zeremonie. Die Sowjetunion beweise das, indem sie die Klauseln des «Dritten Korbes» nicht anwende. Mehr noch, sie sei gegenüber einem krisengeschüttelten Westen aggressiver geworden und empfehle den verschiedenen kommunistischen

Parteien die gleiche Haltung – insbesondere gegenüber den sozialistischen Parteien. Sie rüste namentlich ihre Flotte so schnell auf, dass sich das nur durch offensive Absichten erklären lasse – tatsächlich befinde sich die Südflanke der NATO in Auflösung. Eher als an Entspannung sollte man daran denken, sich der wachsenden sowjetischen Militärmacht wie der wachsenden Macht des Kommunismus in Südeuropa zu erwehren – zwei Gefahren, die unauflösbar miteinander verbunden seien.

Der Leser wird es erraten haben: Keine dieser beiden Lesarten überzeugt mich ganz. In der Bestandsaufnahme neige ich eher zur pessimistischen Deutung, weniger aber in der Analyse der Ursachen und im Abwägen der ratsamen Massnahmen. In Europa scheint die Entwicklung ungünstig, was das militärische Gleichgewicht und die Auswirkungen der politischen, sozialen, wirtschaftlichen Krise betrifft – diese beiden Bereiche können einander tatsächlich beeinflussen. Das heisst: die politischen Veränderungen in einigen Ländern können der Sowjetunion wichtige militärische Vorteile sichern.

Wenn wir aber in der Analyse und vor allem im Handeln die *Faktoren* nicht unterscheiden, besteht die Gefahr katastrophaler Irrtümer. Wenn wir alle Übelstände des Westens der Sowjetunion zuschreiben, können wir alle Kräfte der Veränderung, die sich im Westen zeigen, ihr zutreiben, und werden es ihr noch leichter machen, die Tendenzen des Wandels, die auch im Osten da sind, zu unterdrücken.

Die *militärische Entwicklung* ist diesmal nicht unser Thema. Ihre Zielrichtung ist nicht umstritten. Während ein NATO-Partner nach dem andern die Dienstzeit verkürzt, an seinem Verteidigungsbudget spart, gibt es nichts dergleichen in den Ländern des Warschauer Paktes; dort werden die Militärkredite im Gegenteil erhöht. Nach Professor J. Erickson führt die Modernisierung, die die Warschaupakt-Mächte seit fünf bis sechs Jahren in der zentralen Front durchführen, zu einer Kampfkrafterhöhung von 30% für die Artillerie und von 25% für die taktische Luftwaffe; zusätzlich wäre die zunehmende Einführung taktischer Nuklearwaffen zu berücksichtigen. Die spektakulären Fortschritte der sowjetischen Flotte machen aus der Sowjetunion zudem eine navale Weltmacht. Die Kenner – ebenso die berühmte britische Veröffentlichung *Jane* wie die französische *Les flottes de combat* – heben diese Anstrengung hervor und stellen sich Fragen über deren Ziel. Die politische Ausnützung der Flottenmanöver an den norwegischen Küsten mag ein Teil der Antwort sein.

Die Gefahr für die europäische Mitte und den Norden besteht nun in einer «*Finnlandisierung*» durch die massive Präsenz und die militärische Überlegenheit der Sowjetmacht. Diese äussert sich weniger in einer aktiven militärischen Ausnützung der Lage als in einem verminderten Abwehrwillen

der betroffenen Weststaaten beziehungsweise ihrem verminderten Vertrauen auf die amerikanische Garantie.

In Südeuropa handelt es sich weniger um die militärische Überlegenheit der Sowjetunion als um eine westliche Verwundbarkeit im Bereich der *politischen Stabilität*. Man vergleiche die heutige Lage mit derjenigen von vor zehn Jahren – zwischen der «Raketenkrise» und dem Einmarsch der «Bruderstaaten» in die Tschechoslowakei. Schon damals hatte der Westen Probleme, während die Sowjetunion ihre Herrschaft über Osteuropa behaupten konnte. Doch standen die westlichen Gesellschaften im Zeichen des wirtschaftlichen Wachstums und der politischen Stabilität; in Frage stand vor allem das Mass an aussenpolitischer Unabhängigkeit der einzelnen Staaten. Die Sowjetführer befanden sich in der Defensive angesichts von Tendenzen zur wirtschaftlichen Reform, zur politischen Liberalisierung, zur diplomatischen «Entsatellisierung». Die Détente, die von der gaullistischen Diplomatie und von der bundesdeutschen Ostpolitik eingeleitet wurde, bewegte sich von Westen nach Osten. In Frage stand damals die Zukunft der Ostländer – würde die Sowjetunion neue Entwicklungen dulden, würde der Westen sie fördern?

Westeuropäische Ungewissheiten

Heute stellt man sich – abgesehen von den Folgen der Wirtschaftskrise in West und Ost – kaum mehr Fragen über eine Wandlung in Osteuropa, mit Ausnahme jener kommunistischen Länder, die von der Sowjetunion mehr oder weniger unabhängig sind: Rumänien, Albanien, vor allem Jugoslawien. Statt dessen besteht Ungewissheit über die Zukunft etlicher Länder Westeuropas, über die Möglichkeit für die NATO, Entwicklungen zu dulden, die sich in diesen Ländern vollziehen, sich ihnen anzupassen und dabei doch Lähmung und Desintegration zu vermeiden. Ferner stellt man sich Fragen über die Möglichkeiten der Sowjetunion, diese Entwicklungen zu ermutigen, zu lenken, auszunützen.

Die *Beispiele* liegen auf der Hand: griechisch-türkischer Konflikt und Krise der Beziehungen zwischen jedem der beiden Antagonisten und den Vereinigten Staaten; Revolution in Portugal; Ungewissheiten über den «Nachfranquismus» und vielleicht den «Nachtitoismus»; mögliche Teilnahme der Kommunisten an der Regierung in Italien und irgend einmal auch in Frankreich; Wirtschaftskrise; unlösbare Probleme wie dasjenige von Ulster, das die politische Entwicklung und weltpolitische Aktionsfähigkeit von Grossbritannien ungünstig beeinflusst. Das alles hat mindestens potentielle Konsequenzen für die Sicherheit des Mittelmeers und Europas überhaupt;

es betrifft auch die Beziehungen zur Sowjetunion und zu den erdölfördernden Ländern. Die Ungewissheit reicht von den Azoren – wesentlich für den militärischen Nachschub nach Israel und für die U-Boot-Abwehr – bis zur Türkei, reicht über die U-Boot-Stützpunkte, die NATO-Flottenbasen, bis zur Möglichkeit, dass die Sowjets ihrerseits im Mittelmeer solche Stützpunkte ausbauen könnten. Eine Perspektive, die dazu angetan ist, westliche Regierungen zu beunruhigen.

Was aber kann diese Entwicklung für die *Sowjetunion* bedeuten? Welche Auswirkungen kann sie auf die Entspannung haben? Die Optimisten im Westen mögen den Pessimisten alles zugestehen, was diese Bestandsaufnahme betrifft und mögen dennoch meinen, dass diese Krisen vor allem die Sowjetunion beunruhigen, die am Status quo interessiert sei, an der Entspannung, an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen, und demgemäss dessen Zusammenbruch nicht wünschen könne. Sie müsste Erfolge kommunistischer Parteien im Westen fürchten, die ihrerseits Reaktionen der Rechten und ein Wiederaufleben des kalten Krieges provozieren können; aber ebenso mahne der «Polyzentrismus» im internationalen Kommunismus – so betonen die Optimisten – die Sowjetführer zur Zurückhaltung; sie zögen konservative Regierungen vor, sofern diese der «Détente» gewogen seien.

Die derzeit wieder zahlreicheren Pessimisten sehen die Entspannung selber als ein Element der sowjetischen Strategie, deren Ziel die Schwächung des Westens ist und die damit Erfolge hat. Sie erkennen sowjetische Drahtzieher bei den italienischen wie bei den portugiesischen Kommunisten, im Kartell der Erdölproduzenten wie bei den palästinensischen Terroristen. Neuerdings scheint die Verhärtung der Sowjets dies zu bestätigen. Sie begrüsst ja den Linkstrend und die revolutionären Perspektiven und greift die westlichen Sozialdemokraten an. Es gibt Gründe anzunehmen, dass sie palästinensische und westliche Terroristen unterstützt: die Affäre Carlos, die finanzielle Hilfe für die Baader-Meinhof-Bande, für die IRA; dazu kommt die Rolle der Sowjets in Portugal. Entspricht das nicht einem langfristigen Plan, der um 1966 konzipiert wurde, um gegen Ende der siebziger Jahre seine Früchte zu tragen?

Wir meinen, dass beide «Schulen» – insbesondere die zweite – unterschätzen, was insbesondere in Europa als grundlegender Charakter der Ost-West-Beziehungen in der Periode des «Heissen Friedens» gelten kann: die *Vorrangigkeit der Veränderungen* innerhalb der Allianzen und der einzelnen Länder, vor allem im Westen. Das Gleichgewicht zwischen den beiden Allianzen, den beiden Systemen, wird weniger durch militärische, subversive oder diplomatische Aktionen verändert als durch die einzelnen inneren Gegensätze bestimmt, durch die einzelnen Krisen und die gemein-

samen Herausforderungen, auf die jeder anders reagiert – was der asymmetrischen Struktur der beiden Gesellschaftstypen entspricht. Der Westen hatte gute Chancen, die Sowjetunion zu beeinflussen, wegen deren Konflikt mit China wie wegen ihrer wirtschaftlichen Nöte namentlich in den Bereichen der Landwirtschaft und der Technologie. Weder dieser Konflikt noch diese Nöte sind Ergebnis irgend einer politischen Absicht des Westens. Ebensowenig ist es die Sowjetunion, die den griechisch-türkischen Konflikt verursacht hat – obgleich die «Détente», die die Sorge um die Sicherheit beider Staaten gegenüber ihren kommunistischen Nachbarn vermindert hat, eine Hemmung abgebaut hat, die diesem Konflikt entgegenstand. Auch die Lockerung der Bindungen Griechenlands und der Türkei an die USA hing nicht von der Sowjetunion ab – sie wurde entscheidend von den Vereinigten Staaten selber bewirkt, weil deren Regierung die griechische Junta unterstützt und der Kongress die Türkei brüskiert hat. Noch weniger war die Sowjetunion «schuld» an der Schwächung der Democrazia Cristiana in Italien oder am Sturz des Regimes Caetano in Portugal.

Wenige Jahre zuvor hatte die Kommunistische Partei Portugals noch über die Idee eines militärischen Putsches gespottet. Wenn auch der Gedanke der «allgemeinen Krise des Kapitalismus» niemals aus dem Arsenal der sowjetischen Ideologie verschwunden war, so gründete dennoch die Politik Breschnews und die Prognose seiner Experten auf der Hypothese eines wirtschaftlich gedeihenden Westens, selbst wenn dieser Westen durch seine politischen Gegensätze, die politische und kulturelle «Kontestation» geschwächt sein mochte. Die brutale Form der Wirtschaftskrise scheint die Sowjetführer ebenso überrascht zu haben wie unsere Politiker.

Die Reaktionen der Sowjetunion

Möglich, dass sich die Sowjetführer über die Entwicklung gefreut haben; möglich aber auch, dass diese Entwicklung sie selber zu schwierigen Entscheidungen und *Akzentverschiebungen* drängte. Die Alternative zwischen der Annahme des Status quo im Rahmen der Entspannung und dem Streben nach Sieg im Kampf gegen den Westen entspricht der sowjetischen Vision nicht ganz. Eher entspricht ihr das, was Chruschtschew den «dynamischen Status quo» genannt hat: eine langsame Verschiebung des Gleichgewichts der Kräfte zugunsten des «sozialistischen Lagers»; dessen Eroberungen wären endgültig, und zugleich würde die Entspannung die technische Zusammenarbeit und die politischen Gegensätze des Westens ausnützen und mit dessen Erschütterung durch aufsteigende soziale Kräfte innerhalb der kapitalistischen Länder und der «Dritten Welt» rechnen.

Diese Entwicklung und der Verlust der westlichen militärischen Über-

legenheit mochte dem Ostblock einen *wachsenden Vorteil* sichern, ohne dass deswegen bereits der Zusammenbruch oder die Eroberung dieses Westens in irgend einer vorhersehbaren Zukunft erwartet oder auch nur gewünscht wurde. In dieser Vision konnten Koexistenz und Kampf, Wandel und Status quo nebeneinander herlaufen; der Akzent konnte je nach Phase und jeweiligem Fall verschoben werden. Grundprinzip blieb stets, zwei Eisen im Feuer zu haben.

Solange sich das Kräftegewicht langsam, friedlich und kontrolliert verschob, hatten die Sowjets keine Mühe, auf beiden Brettern zu gewinnen durch eine Politik, die dem Beobachter von aussen widerspruchsvoll scheinen mochte. Doch das setzte voraus, dass der Prozess selber zweideutig blieb. In extremen Lagen: wenn die westlichen Staaten Bedingungen stellen und darauf streng beharren und echte Konzessionen fordern, die die Autorität der Sowjetführer bedrohen können, und umgekehrt, wenn der Zerfall des Westens sich beschleunigt und Situationen entstehen, in denen die Revolution oder mindestens ein Abrutschen nach links mit Teilnahme der Kommunisten an der Macht in westlichen Staaten möglich wird, sehen sich die Sowjets gezwungen, aus der Zweideutigkeit, zu der sie neigen, herauszutreten, um sich für eine bestimmte Politik zu entscheiden.

Im Lauf der beiden vergangenen Jahre, des letzten vor allem, scheinen sich diese beiden konträren Entwicklungen fast gleichzeitig vollzogen zu haben. Einerseits wird die Entspannung, namentlich die wirtschaftliche und technische Hilfe der Weststaaten, weniger selbstverständlich – das «Jackson-Amendment», das Handel mit Recht auf freie Ausreise verband, ist ein Beispiel; das Beharren des Westens auf «Korb Drei» in Helsinki ein anderes. Anderseits eröffnen die Evolutionen und Revolutionen für Moskau Aussichten, die gleichzeitig locken und schrecken.

Es sieht so aus, als sei für die Sowjetführer eine Phase des *Zögerns* und der *Debatten* eingetreten. Dazu kommen noch andere Faktoren, wie der Kampf um die Nachfolge Breschnews, die Beziehungen zu China, die Bemühungen, eine Weltkonferenz der kommunistischen Parteien zu organisieren, die Probleme des Nahen Ostens und noch weitere. Die erste Reaktion der Sowjetführung scheint diejenige der Vorsicht gewesen zu sein, im Bewusstsein des Risikos, dass eine Krise wie schon in den dreissiger Jahren eine faschistische Reaktion provozieren oder mindestens Politiker begünstigen könnte, die in Moskau als Inbegriff des Bösen erscheinen, etwa Franz Josef Strauss oder Senator Jackson. Da mittlerweile der Westen sich als unfähig erwies, seine Energiekrise zu meistern, und da sich die innenpolitischen Ungewissheiten vervielfacht haben, scheint es, dass eine härtere oder militantere sowjetische Politik sich durchsetzt. Doch ist es nicht leicht, den Sinn dieser Politik zu deuten.

So hat offenbar in *Portugal* die Sowjetunion die Voraussagen der meisten Beobachter Lügen gestraft, indem sie die antidemokratische Strategie Cunhals vorbehaltlos unterstützte. Sie hat zwar Portugal empfohlen, die NATO nicht zu verlassen, sich jedoch beeilt, die geostrategische Lage im Sinn einer Flottenpräsenz auszunützen.

Doch stand die Sowjetunion der Strategie der *italienischen Kommunisten* eines «historischen Kompromisses» mit der Democrazia cristiana ablehnend gegenüber. Im Fall *Frankreichs* ist ungewiss, ob das Misstrauen der Sowjetunion gegen einen Linksblock unter Giscard d'Estaing so stark ist, wie er das unter General de Gaulle und unter Pompidou und noch während der letzten Präsidentenwahl war. Auch ist nicht gewiss, ob die kommunistischen Angriffe gegen die sozialistische Partei sich teilweise durch den Willen der Sowjets erklären lassen, die Ereignisse nicht zu überstürzen, den westlichen Kommunisten die Mitverantwortung an der kapitalistischen Krise zu ersparen. Dies ist das *Paradox:* die entscheidensten Gewinne der Sowjetunion und die ernsthaftesten Aussichten der kommunistischen Parteien, in Westeuropa an die Macht zu kommen, sind an Perioden gebunden, in denen die Unentschiedenen durch die Entspannung, die Parteibündnisse beruhigt werden. Die revolutionäre Verhärtung, die Betonung des Vorrangs der kommunistischen Parteien als einzige Wortführer des Proletariats mögen als Taktik des Abenteuers ausgelegt werden, als Drängen zur exklusiven Machtübernahme, aber sie könnten ebensogut Rückzug und Defensive mit verbalen Aggressionen tarnen.

Vermutlich handelt es sich meistens weder um das eine noch um das andere, sondern um eine Verbindung beider Taktiken, von denen die zweite – die *Defensive* – kurzfristig den Vorrang hat, aber die erste nicht nur Alibifunktionen besitzt, sondern auch als Abschreckungswaffe gegenüber westlichen Regierungen wie gegenüber sozialistischen Parteien dient und den Militanten eine grossartigere ferne Perspektive eröffnet. Es geht nicht darum, auf die «Détente» mit den Regierungen und auf die Allianz mit den Sozialisten zu verzichten, sondern darum, härtere Bedingungen durchzusetzen, indem man zeigt, dass man keine Eile hat, und dass ein provisorisches Wohlwollen gegenüber den Regierungen und den verbündeten Parteien in Frage gestellt werden kann, falls sie schlechten Umgang – im Sinn des «Atlantismus» oder des «Sozialdemokratismus» – pflegen oder gewisse Initiativen unterstützen, die zum Dialog über die ideologische Rivalität, zu Kontakten zwischen den Gesellschaften und zwischen einzelnen führen möchten. Die Taktik der psychologischen Isolierung und der Einschüchterung ohne Bruch soll der Sowjetunion wie den kommunistischen Parteien nützen, um Herren über die Entspannung und die innenpolitischen Allianzen zu bleiben. Es schliesst nicht aus, dass von diesen Ansprüchen

auch einiges geopfert, dass der Ton leiser werden kann, wenn unvorhergesehene Krisen (zum Beispiel schlechte Weizenernte, ungünstige Entwicklung in Portugal) das Kräfteverhältnis in ungewünschtem Sinn beeinflussen. Die Haltung der Sowjetunion gegenüber den einzelnen Ländern ist jeweils verschieden. Im Fall Portugals möchte scheinen, es sei genügend marginal, so dass seine Verwandlung in ein europäisches Kuba vom Westen geduldet werde und zugleich strategisch wichtig genug, um den Einsatz zu lohnen. Hier war die kommunistische Partei bedingungslos moskautreu. In einem Land wie Italien, das wichtig genug ist, um bei einem Umschwung gefährliche Reaktionen befürchten zu lassen, legte die kommunistische Partei beunruhigende Anzeichen von Sozialdemokratisierung und Unabhängigkeit an den Tag, aber auch den Ehrgeiz, eine westliche pluralistische Variante des europäischen Kommunismus zu inspirieren, die dem sowjetischen Modell direkt widerspricht. Wenn die Taktik der portugiesischen KP und ihre Unterstützung durch die Sowjetunion die Chancen der italienischen Kommunisten verringert hat, so ist die Vermutung nicht abwegig, dass die Sowjetunion darüber beinahe so zufrieden ist wie Henry Kissinger.

Besonderheiten Südeuropas

Freilich dürfen die westlichen Regierungen ihre Analyse, ihre Politik nicht auf diejenige der Sowjetunion abstellen, doch würden sie mit Vorteil diese beiden Aspekte bedenken – die Natur der Krise, die Unterschiedlichkeit der Lagen – und sich nicht auf ausschliesslich strategische Überlegungen beschränken. Ganz im Gegenteil: im Mass, in welchem der Westen seinem Wesen nach befähigter ist als das sowjetische System – dessen Grundlagen sind die militärische Macht und der ideologische Monolithismus –, Unterschiede und Veränderungen anzunehmen, hat er Aussicht zu verhindern, dass die Sowjetunion eine zweideutige, veränderliche europäische Wirklichkeit zu ihrem Vorteil ausnützt.

In *Südeuropa* offenbart sich am deutlichsten eine Legitimitätskrise, die sowohl den Osten wie den Westen erfasst. Auf nationaler wie auf internationaler Ebene besteht eine Spannung zwischen alten Ordnungen, die überleben, und dem Druck wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, psychologischer und schliesslich politischer Kräfte, die von diesen Ordnungen entweder zurückgestaut, erstickt werden, oder aber sie überfluten, zersetzen, sprengen. Im Süden unseres Kontinents ist diese Spannung besonders sichtbar und explosiv. Hier sind die Autoritätsstrukturen gebrechlicher – in Spanien wegen des archaischen persönlichen Regimes, in Italien wegen der ausgebliebenen Erneuerungen der politischen Eliten. Die sozialen Spannungen

wachsen – handelt es sich doch um Gesellschaften, um Volkswirtschaften, die mit den Problemen des Übergangs zwischen Agrarwirtschaft und Industrie, zwischen traditionellen Modellen und einer modernen, ihrerseits krisenhaften Gesellschaft, Zerreissproben ausgesetzt sind. Wenn die strategische und in gewissem Mass auch diplomatische, ideologische Struktur des Kontinents von der Ost-West-Beziehung beherrscht wird, so sind die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen in Westeuropa – insbesondere in dessen südlichem Teil – von der Beziehung USA-Europa und vom Nord-Süd-Gefälle beherrscht; das wirkt sich sowohl zwischen den Ländern als im Innern der einzelnen Länder aus.

So war es in einem gewissen Grad schon immer. Doch hat während etwa zwei Dutzend Jahren der Ost-West-Gegensatz alle anderen Gegensätze zurückgedrängt. Die Koinzidenz zwischen der geographischen Lage eines Landes und seiner diplomatischen und militärischen Eingliederung, seinem wirtschaftlichen, sozialen, politischen Regime, mochte als dauernde Gegebenheit gelten. Die Gewitter von 1968 haben zweierlei gezeigt, nämlich: dass eine Revolution in Westeuropa möglich ist, und dass die Anziehungskraft Westeuropas sowie die innere Entwicklung ein Land des Ostblocks bewegen konnten, aus dem sowjetischen System auszubrechen. Die Sowjetunion vermochte ihr Lager wieder bemerkenswert zu stabilisieren, aber nur indem sie den spontanen Tendenzen der Nationen und Gesellschaften Zwang antat. Im Westen haben sich inzwischen diese Tendenzen frei entfalten können, von der Détente ermutigt, die die Sorge der militärischen Sicherheit gegenüber dem Osten vermindert hat, die kommunistischen Parteien normaler und legitimer erscheinen liess, während die Krise die wirtschaftlichen Spannungen vervielfältigt und das Modell der westlichen Demokratie verfinstert hat. Diese Entwicklungen sind bedenklicher als alles, was die Sowjets tun.

Offenbar ist für Griechenland und die Türkei die Sicherheit in ihrer wechselseitigen Bedrohung definiert, und eher in bezug auf die amerikanische Macht als auf die Sowjetunion. In Portugal, in Spanien, in Italien drohen Bürgerkrieg oder Revolution, Machtergreifung einer Minderheit oder Anarchie. Ein eventuelles militärisches Handeln der Sowjetunion spielt – Jugoslawien ausgenommen – höchstens eine mittelbare, untergeordnete Rolle.

Jedes dieser Länder hat seine eigene Struktur und Dynamik, wobei Armee, kommunistische Partei, Nationalismus in ihren Funktionen, auch ihrem Wesen, jeweils anderes bedeuten. Kein Land kann sich den wirtschaftlichen und strategischen *Interdependenzen* entziehen, die es an Europa bindet oder für die psychologische und ideologische Ansteckung durch die Nachbarn anfällig macht. Doch erlebt jedes Land seine eigene Identitätskrise, die eine Rückkehr zu nationalen, regionalen, manchmal auch mythi-

schen Quellen, ob sie nun balkanisch, islamisch, mediterran oder «Dritte Welt» seien, fördert. Heute wirkt Westeuropa mehr wie eine Dritte Welt, die von divergierenden sozialen Kräften zerrissen wird, als wie ein in seiner Ablehnung des Kommunismus, seiner Furcht vor der Sowjetunion geeinter Kontinent.

Jenseits von «Containment» und «Détente»

Damit stellt sich aber auch die Frage einer Eindämmung der Sowjetunion und ihrer Expansionsgelüste anders als bisher. Seit dem Beginn der fünfziger Jahre hatten Autoren wie der Franzose Raymond Aron, der Amerikaner Henry Morgenthau zwischen der Lage in Europa und der Lage in Asien unterschieden. In Europa ging es damals vor allem darum, ein Gegengewicht zur Macht der Roten Armee zu schaffen und den Bevölkerungen Vertrauen zu schenken, die dem Westen wohlgesinnt waren. In Asien war das Problem weniger militärischer als politischer Natur: das kommunistische Problem war untrennbar mit Nationalismus und Entwicklung verquickt. Doch betraf dieser Gegensatz stets Südeuropa in geringerem Mass als Mittel- und Nordeuropa.

Jedenfalls findet sich Europa heute in der Lage, die einst als typisch für die «Dritte Welt» galt. Es ist tatsächlich Europa, wo sich eine neue «Dritte Welt» formiert. Daher muss die westliche Politik hier einem doppelten Widerspruch Rechnung tragen. Einesteils gibt es heute in Südeuropa einen Primat der Innenpolitik und eine Unterschiedlichkeit der nationalen Gegebenheiten, die zu verschiedenen Formen von Neutralismus und Blockfreiheit führen. Anderseits ist aber die geostrategische, massive Gegenwart der Sowjetunion keine Einbildung, und ihr gegenüber hat das atlantische Bündnis eine unersetzliche stabilisierende Funktion, sowohl hinsichtlich des militärischen Gleichgewichts wie der politischen Führung. Wie soll die politische mit der militärischen Dimension in Einklang gebracht werden? Wie das Bedürfnis nach Stabilität mit dem Drang zum Wandel, der Trend zur Verschiedenheit mit der Wahrung der Einheit?

Ich sehe keinen anderen Weg als den einer *kontrollierten Diversifizierung* der westlichen Politik und Organisationen. Es gibt zwei Arten, das Problem zu leugnen und den Unterschied zwischen der Haltung gegenüber der Sowjetunion und gegenüber den verschiedenen kommunistischen oder sonstwie revolutionären, linksgerichteten Kräften der einzelnen Länder zu ignorieren. Da ist einmal die klassische Perspektive des kalten Krieges, für die es sich um einen einzigen Tatbestand, um eine einzige Gefahr handelt. Da ist zweitens die vorbehaltlose Entspannung: ebenso konziliant gegen-

über der Sowjetunion wie gegenüber den Linksbewegungen der einzelnen Länder zu sein, und anzunehmen, dass mit dem kalten Krieg auch der ideologische Gegensatz zwischen West und Ost, die Bedrohung durch die sowjetische Militärmacht gegenstandslos geworden sind.

Umgekehrt gibt es zwei Arten, eine grundlegende Unterscheidung zwischen diesen beiden Ebenen zu machen. Die Haltung der Vereinigten Staaten, insbesondere Kissingers persönlich, ist: Konzilianz gegenüber der Sowjetunion, wobei die Epoche der Verhandlungen, der Entspannung, des Friedens zelebriert wird und zugleich ein Kampf gegen jede Entwicklung nach links in westlichen Ländern geführt wird, die zu einer kommunistischen Machtbeteiligung führen könnte. Diese «Realpolitik» bedeutet, dass man den Kommunismus dort akzeptiert, wo er stark ist, und dort bekämpft, wo er schwach ist, dass man sich an den Grundsatz «cuius regio, eius religio» hält und der Sowjetunion eine Aufteilung der Machtsphären vorschlägt, innerhalb deren jede Supermacht ihren Bereich beherrscht. Es ist jedoch paradox, davon auszugehen, dass die Sowjetunion eine Macht ist wie jede andere, mit der man ein Teilkondominium ausüben kann, während der italienische Kommunismus die Verkörperung des Leibhaftigen wäre, mit der keinerlei Berührung erlaubt ist. Gegen diese Politik gibt es auch einen moralischen Einwand, den Amalrik so ausgedrückt hat: «Die Vereinigten Staaten unterstützen den Kommunismus, wo er verhasst ist und bekämpfen ihn, wo er populär ist.» Treibt man die Analyse weiter, so erkennt man, dass diese Politik gar nicht durchführbar ist, weil sie auf Illusionen über den angeblich konservativen Charakter der Sowjetunion beruht und zugleich auf Illusionen über die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, durch ihr Veto die Veränderung in Ländern mit unkontrollierbaren oder revolutionären Entwicklungen verhindern zu können.

Vieles spricht für die *entgegengesetzte Politik:* mehr Wachsamkeit gegenüber der sowjetischen Militärmacht, und gleichzeitig mehr Toleranz gegenüber nationalen Entwicklungen, die man nicht verhindern kann und deren Ergebnisse auch die Sowjetunion nicht zu kontrollieren vermag. Die Lehre der westlichen Fehlschläge in der Dritten Welt, wo komplexe Situationen bestanden und weder die sozialen Wirklichkeiten noch die regionalen Rivalitäten sich auf den Gegensatz Ost-West reduzieren liessen, sollte nicht vergessen werden. Sonst würde die atlantische Allianz so bedrückend wie der Warschauer Pakt, oder so künstlich wie die einstige SEATO oder CENTO.

Und dennoch ist der Ost-West-Gegensatz eine Wirklichkeit; und dennoch besteht die Gefahr, dass die Sowjetunion die Duldung des Westens gegenüber inneren Evolutionen und Revolutionen strategisch auszunützen versteht – wie sie allerdings auch eine Intoleranz ausnützen kann, die ihr

diese Völker in die Arme triebe. Die Notwendigkeit einer atlantischen Allianz, die das Gleichgewicht Ost-West möglich macht, ist desto evidenter.

Es gibt da keine Zauberformel: aber am wenigsten Nachteile bietet die Diversifizierung der Allianz je nach der Aufgabe und nach den Regionen. Die Vereinigten Staaten sollten das Hauptgewicht auf die Abschreckung einer Intervention, eines sowjetischen Vordringens legen. Sie sollten der Sowjetunion so energisch wie möglich klar machen, dass die Détente mit allen Vorteilen, die die Sowjets von ihr erwarten, von der Aufrechterhaltung des Status quo im militärischen Gleichgewicht in Europa abhängt. Die Vereinigten Staaten sollten zugleich darauf verzichten, Ukase und Vetos zu proklamieren, die in den betreffenden Ländern nur zu feindseligen Reaktionen führen können. Die Europäische Gemeinschaft könnte eine nützliche Rolle der Vermittlung spielen – ohne sich einzubilden, die Dialektik der Machtverhältnisse ausser Kraft zu setzen; sie könnte im griechisch-türkischen Konflikt vermitteln, Portugal Solidarität bezeugen und unausweichliche Evolutionen in Italien ermutigen. Indem Frankreich zwischen der Allianz und der NATO-Organisation unterscheidet, hat es ein Beispiel gegeben, das Schule machen könnte, indem es auf die Möglichkeit einer Allianz weist, in der der Grad der Teilnahme von den jeweiligen politischen und geographischen Gegebenheiten abhängt. Innerhalb eines solchen Bündnisses könnten regionale Gruppen mehr Unabhängigkeit finden.

Wenn die Evolution des mittelmeerischen Europas weder die Bestrebungen der Völker, noch die Entspannung, noch das Ost-West-Gleichgewicht in Frage stellen soll, ist das Bestehen eines geschmeidigen Systems, das diese Länder an die westlichen Demokratien bindet, im Interesse aller. Die Zukunft der Entspannung wie diejenige der Ost-West-Rivalität hängt davon ab, in welcher Weise die verschiedenen Organisationen und Bündnisse sich der doppelten Herausforderung der Differenzierung und des Wandels stellen. Dürfen wir hoffen, dass die Evolution Europas zu einer grösseren Öffnung der sowjetischen Welt führen wird statt zu einer zunehmenden Erstarrung des Westens?